

NIENBURGER HANDREICHUNG

für Demokratie & Zivilcourage

Nienburg Stadt der Vielfalt –
Handlungskonzept gegen
Rechtsextremismus
Bildungsangebote und Akteure
in der Region

*Faschismus ist keine Meinung,
sondern ein Verbrechen!*

Runder Tisch gegen Rassismus und rechte Gewalt



Hrsg. WABE-Koordinierungsstelle



INHALT

Geleitwort

s. 4

Vorwort

s. 6

Nienburg Stadt der Vielfalt – Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus

s. 7

Regionale Angebote und Akteure

s. 17

➔ WABE-Koordinierungsstelle

s. 17

➔ Runder Tisch gegen Rassismus und rechte Gewalt

s. 17

➔ Elisabeth-Weinberg-Preis

s. 19

➔ Forum des Gedenkens

s. 20

➔ Museum Nienburg

s. 21

➔ Schritte gegen Tritte®

s. 21

➔ Horst Peters spricht

s. 22

➔ Ausstellung: „Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben“

s. 23

➔ NS-Zwangsarbeit in der Pulverfabrik Liebenau

s. 25

➔ IBUK e. V. - Institut für Bildung und Kultur

s. 26

➔ Der Broadway von Nienburg – Tanz der Kulturen

s. 27

➔ Förderverein WABE e. V.

s. 28

Literatur und Internetseiten

s. 29

Impressum

s. 30

Unter den demokratisch gesinnten Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Nienburg gibt es wohl niemanden, der nicht meine Sorge angesichts der jüngsten Zeitungsmeldungen über neuen Zulauf der Rechtsradikalen in Niedersachsen teilt. Der niedersächsische Verfassungsschutz berichtet, dass allein die außerhalb der rechtsextremen Parteien aktiven Gruppierungen von Neonazis seit dem vergangenen Jahr um fast 13 Prozent zugenommen haben. Gleichzeitig werben NPD und ihre politischen Verbündeten im Vorfeld der diesjährigen Kommunalwahlen um Unterstützung. In den Kom-

munen müssen Politik und Gesellschaft diesen Kampagnen der extremen Rechten entgegentreten.

Was ist zu tun? Ein ausdrückliches und nachhaltiges Bekenntnis kommunaler Gremien und Entscheidungsträger zum Engagement gegen jegliche undemokratischen und auf den Abbau oder auch nur die Schwächung unserer demokratischen Institutionen abzielenden Aktivitäten ist nötig. Im Alltag unserer Städte und Gemeinden muss deutlich gemacht werden, dass Gleichgültigkeit gegenüber solchen Aktivitäten das Einfallstor für den Rechtsextremismus weit öffnet. In Nienburg hat deshalb unter Federführung der Stadt ein breites Bündnis von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Vereinen, Initiativen und öffentlichen Einrichtungen das Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus: Nienburg Stadt der Vielfalt erarbeitet und den politischen Gremien vorgelegt. Am 14. Dezember 2010 hat der Rat der

Stadt Nienburg/Weser diesen Aktionsplan einstimmig verabschiedet.

Zur Entwicklung einer wirksamen Handlungsstrategie gegen Rechts ist die Kenntnis der Strukturen, der politischen Inhalte und der handelnden Personen der extremen Rechten und ihrer Netzwerke und Unterstützer in Stadt und Region Voraussetzung. Damit undemokratische Ideologien insbesondere in der Jugend nicht Fuß fassen können, müssen Aufklärung und pädagogische Maßnahmen dort ansetzen, wo Kampagnen von Rechtsaußen Wirkung zu entfalten versuchen. Von zentraler Bedeutung sind hierbei Multiplikatoren und Mittler zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechts und für ein demokratisches Zusammenleben. Die Jugend muss motiviert werden, sich handlungsorientiert für ein friedliches und tolerantes Miteinander aller Bevölkerungsgruppen und für die demokratische Rechtsordnung einzusetzen. Deshalb freue ich mich, dass mit der vorliegenden Veröffentlichung das Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus weite Verbreitung findet. Gleichzeitig wird damit allen, die in diesem Aufgabenfeld aktiv sind, ein praktisches Arbeitsmittel an die Hand gegeben.



Das ist deshalb so wichtig, weil wir das Engagement von unten stärken müssen. Die Auseinandersetzung mit demokratiefeindlicher Politik und nationalistischem, fremdenfeindlichem und rassistischem Populismus kann nicht an die staatlichen Ebenen delegiert werden. Wenn man dem Rechtsextremismus die Aktionsspielräume nehmen will, kann dies in erster Linie durch die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und vor allem der Jüngeren unter ihnen erreicht werden. Wie die erfreuliche Beteiligung junger Leute an den Diskussionen zum Handlungskonzept gezeigt hat, gibt es dafür eine gute Grundlage in Stadt und Landkreis Nienburg. Die Veranstaltungen und Projektmesen des Weser-Aller-Bündnisses - Engagiert für Demokratie und Zivilcourage (WABE) haben diese Erfahrung unterstrichen. Es ist gut, dass Stadt und Landkreis Nienburg Seite an Seite mit Stadt und Landkreis Verden an einem nachhaltigen Bollwerk gegen die Feinde der Demokratie arbeiten. Mit der gemeinsamen Auszeichnung als „Orte der Vielfalt“ durch die Bundesregierung wird den vier Kommunen bescheinigt, dass sie mit dieser regionalen Zusammenarbeit auf einem guten Weg sind.

Kommunen brauchen ein

breites und vielfältiges zivilgesellschaftliches Engagement unterschiedlicher Organisationen, das alle Bevölkerungsgruppen einbezieht. Auch Menschen mit Migrationshintergrund sind nicht von vornherein gegen rechtsradikale Ideen immun, das zeigt der in verschiedenen Migrantengruppen zum Teil grassierende Antisemitismus. Solche Erscheinungen sind beängstigend, aber nicht unumkehrbar. Von Bedeutung ist die Kooperation zwischen den verschiedenen Bildungseinrichtungen, Schulen, Jugendhäusern, Gewerkschaften, interkulturellen Begegnungsorten, Vereinen, demokratisch orientierten Initiativen und den Selbstorganisationen der Migrantinnen und Migranten. Von Bedeutung ist darüber hinaus das Bekenntnis aller Menschen, die mit Migrantinnen und Migranten im Gemeinwesen zu tun haben, nicht nur zur Integration, sondern ebenso zu einem Menschen- und Gesellschaftsbild frei von Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus. Das Eine ist nicht ohne das Andere zu haben.

Die entschiedene Positionierung gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus ist jedoch nur die eine Seite der Medaille. Zugleich müssen kommunale Bündnisse für demokra-

tische Vielfalt und Toleranz geschaffen werden, in denen auch Vertreter von Zuwanderer-Vereinigungen, im besten Falle auch anderer von Ausgrenzung betroffener Gruppen wie der Sinti und Roma, eine aktive Rolle spielen. Das wird dabei helfen, den großen Potenzialen dieser Bevölkerungsgruppen für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft nicht nur gerecht zu werden, sondern ihnen auch den Respekt, die öffentliche Anerkennung und die gesellschaftliche Wertschätzung entgegen zu bringen, die ihnen gebührt.

Ich bin sicher, dass die vorliegende Handreichung diesen Zielsetzungen in hervorragender Weise förderlich sein wird, und wünsche allen Trägerinnen und Trägern unseres gemeinsamen Handlungskonzeptes eine erfolgreiche Arbeit.



Henning Onkes
Bürgermeister
Stadt Nienburg/Weser

Die Stadt Nienburg hat sich im Jahr 2010 gemeinsam mit der Stadt Verden und den beiden Landkreisen Nienburg und Verden erfolgreich um den Titel „Ort der Vielfalt“ beworben, weil sie sich in den vergangenen Jahren offensiv mit rechts-extremistischen Provokationen auseinander gesetzt hat und in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Aktiven unzählige Initiativen für Vielfalt und Demokratie ermöglichte.

Mit dem vorliegenden Heft möchten wir einen weiteren Baustein für die demokratische Bildungsarbeit in der Weser-Aller-Region vorlegen. Die Nienburger Handreichung für Demokratie und Zivilcourage beinhaltet das vom Rat der Stadt im Dezember 2010 beschlossene Handlungskonzept „Nienburg Stadt der Vielfalt - Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“ mit Einschätzungen zur Entwicklung rassistischer und neofaschistischer Einstellungen in und um Nienburg. Im Mittelpunkt des Heftes stehen allerdings die demokratischen Ressourcen und Potenziale, da sich Stadt und Landkreis gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren im Weser-Aller-Bündnis (WABE) dafür einsetzen, dass Nienburg ein Ort der Vielfalt bleibt.

In den vergangenen Jahren ist im Raum Nienburg ein Netzwerk entstanden, in dem sehr unterschiedliche Angebote für Schule und Jugendarbeit erprobt wurden. Einige dieser Angebote werden hier ohne Anspruch auf Vollständigkeit vorgestellt, um sie Lehrkräften und MitarbeiterInnen in der Jugendarbeit in kompakter Form zugänglich zu machen.

Für die Zukunft werden sich weitere Herausforderungen für die DemokratInnen ergeben. Viele Bürger sind unzufrieden mit den Volksparteien. Die Globalisierung der Wirtschaft verunsichert viele Menschen. Die wirtschaftliche Situation wird schwieriger, weil die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird. Die demografische Entwicklung droht insbesondere den ländlichen Raum zu schwächen. Ein solches Bündel von Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen kann autoritäre Einstellungen fördern und die Identifikation mit dem demokratischen Gemeinwesen schwächen. Diesen Entwicklungen kann man nicht allein mit lokalen pädagogischen Interventionen begegnen, sondern mit demokratischen und sozial gerechten Entscheidungen auf allen Ebenen von Wirtschaft und Politik. Wir gehen davon aus, dass wir mit der Förderung einer demokratischen Stadtkultur der Vielfalt durchaus einen sinnvollen Beitrag dazu leisten, weil Demokratie auf kommunaler Ebene für alle Bürger/innen nachvollziehbar gestaltet werden kann.

R. Klemm

Rudi Klemm
(WABE)



1. Präambel

Nienburg ist eine lebendige Stadt. Menschen aus aller Welt mit vielen verschiedenen kulturellen Hintergründen leben hier zusammen. Wir in Nienburg wissen, dass ein tolerantes, vielfältiges, diskriminierungsfreies Klima, in dem sich unterschiedlichste kulturelle Impulse gegenseitig bereichern, Grundvoraussetzung für Innovation und Selbstentfaltung ist und unserer Stadt gesellschaftlich sowie wirtschaftlich Chancen zur Entwicklung bietet.

Auf der Grundlage des von allen damaligen Mitgliedern des Rates unterzeichneten Berliner Aufrufs zum 9. November 2000¹ tritt die Stadt Nienburg in einem aktiven Bündnis mit Nienburger Bürgerinnen, Bürgern

und Institutionen nachhaltig für Vielfalt und Demokratie und gegen jegliche Formen gesellschaftlicher Ausgrenzung wie Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Islamophobie oder Behindertenfeindlichkeit ein. Diesen undemokratischen Erscheinungen setzt sie das Ideal einer interkulturellen, demokratischen Gesellschaft entgegen, die auf den Menschenrechten basiert und ihre Gestaltungskraft gerade aus der Unterschiedlichkeit von Gender, Generation, Migrationshintergrund, Religion, sozialer Herkunft, körperlichen Voraussetzungen oder sexueller Identität sowie den Fähigkeiten und Talenten der Einzelnen schöpft. Zentrale Zielsetzungen sind Chancengleichheit, Barrierefreiheit und die Nutzung dieser

Potenziale zum Wohle aller.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Diese Wahrheit, der Kernsatz des Grundgesetzes, wird nicht von allein gesellschaftliche Praxis; sie muss täglich neu errungen werden. Aus dem Auftreten von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erwächst die fortgesetzte Notwendigkeit, die Menschenrechte einzufordern und zu sichern. Dies bleibt für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger eine ständige Aufgabe.

Bereits 1987 schloss sich der Rat der Stadt einer Erklärung des europäischen Parlaments gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit an. In seiner Resolution gegen Rechtsextremismus vom 5. März 2007 stellte der Rat erneut fest, dass rechtsextremistisch motivierte Aktivitäten und Diskriminierungen eindeutig im Widerspruch zu dem in Artikel 1 Grundgesetz



¹ Aufruf für Toleranz:

„Wir stehen für ein menschliches, weltoffenes und tolerantes Deutschland, für das friedliche Zusammenleben aller Menschen in diesem Land, ungeachtet ihrer Weltanschauung, Religion, Kultur oder Hautfarbe. Wir verurteilen Hass, Gewalt, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Wir dulden keinen Antisemitismus, keine Schändung von Friedhöfen, religiösen und kulturellen Einrichtungen, keine feigen Übergriffe gegen Menschen in unserem Land. Wir stehen zusammen gegen das Wegschauen und die Gleichgültigkeit. Wir wollen ein Land, in dem kein Mensch Angst haben muss vor Verfolgung und Gewalt. Wir sind nicht allein. Unsere stärksten Waffen sind Mut zur Zivilcourage und Entschlossenheit. Auf uns, die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes kommt es an. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wir stehen zu den Grundwerten unserer Demokratie. Der 9. November als Datum deutscher Geschichte im Guten wie im Bösen verpflichtet uns alle, die Demokratie stets aufs Neue zu verteidigen.“

garantierten Schutz der Menschenwürde und dem in Artikel 3 Grundgesetz enthaltenen Gleichbehandlungsgebot stehen und rief Bürgerinnen und Bürger zu einem breiten gesellschaftlichen Bündnis auf. Am 15. Dezember 2009 beschloss der Rat den Beitritt der Stadt Nienburg zur Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Rahmen der bundesweiten Initiative „Orte der Vielfalt“ und die anschließende Bewerbung um Auszeichnung gemeinsam mit dem Landkreis Nienburg und dem Landkreis und der Stadt Verden.

Um die bisherigen Aktivitäten gemeinsam mit den Nienburger Bürgerinnen und Bürgern und Institutionen konsequent fortzuentwickeln und um rechtsextremen Tendenzen nachhaltig entgegenzuwirken, hat der Rat der Stadt Nienburg am 14. 12. 2010 einstimmig dieses „Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“ beschlossen.

2. Beschreibung der Ausgangslage

Die Stadt Nienburg hat in den vergangenen Jahren gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Polizei bewiesen, dass sie rechtsextremistische Aktivitäten nicht hinnimmt. Insbesondere, wenn rechtsextreme Gruppen versuch-

diesen Herausforderungen zu begegnen. In besonders kritischen Fällen wirkte das Stadt- und Kreisarchiv als Vernetzungsstelle zur Mobilisierung und Koordinierung eines breiten Bündnisses gegen rechtsradikale Aufmärsche und Kundgebungen in der Innenstadt. Die demokratischen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Vereine und Verbände beteiligten sich und zeigten Flagge. Es gibt keinen Grund zu der Befürchtung, dass diese Wachsamkeit und Bereitschaft, für Demokratie und Interkultur einzutreten, nachlässt.

Da Rechts extremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auch im Alltag wirken, sind reaktive Konzepte nur begrenzt erfolgreich. Präventive und proaktive Ansätze in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten sind in der Regel nicht spektakulär, finden aber bereits jetzt in Nienburg statt. Im Umgang mit Rechtsextremismus haben sich drei Handlungsebenen herauskristallisiert, die sich ergänzen:



ten, öffentlichkeitswirksam aufzutreten, stellte sich eine lebendige, demokratische Bürgergesellschaft dem entgegen. Der „Runde Tisch gegen Rassismus und rechte Gewalt“ hat sich als funktionierende Organisationsform erwiesen,

1. Symbolische Politik – geistig-politische Auseinandersetzung
2. Repression – Gefahrenabwehr und Strafverfolgung
3. Politik der sozialen Integration (Interkultur)

Das Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus bietet die Möglichkeit, einen Überblick über die Aktivitäten und Potenziale auf unterschiedlichen Handlungsebenen zu erhalten, um wirkungsvoll Prävention zu betreiben. Genauso wichtig für proaktives Handeln ist die Analyse der Herausforderungen, die sich aus unterschiedlichen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus für die Stadtgesellschaft ergeben.

2.1 Rechtsextreme, rassistische, fremdenfeindliche und sonstige menschenverachtende Aktivitäten in Nienburg

Die Stadt Nienburg ist weder eine Hochburg des Rechtsextremismus noch ein weißer Fleck für die extreme Rechte. Rechtsextremismus hat sich in den vergangenen Jahren gewan-

delt und hat viele Facetten, die an dieser Stelle nur sehr verkürzt dargestellt werden können. Rechtsextremistische Ideologien werden insbesondere dann gefährlich, wenn sie an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Bevölkerungsmehrheit anknüpfen können.² Insofern ist es auch notwendig, Einstellungen der Bevölkerungsmehrheit zu beachten, die nicht im engeren Sinne rechtsextremistisch sind, aber aufgrund von Diskriminierung und Abwertung von Bevölkerungsgruppen potenziell Demokratie gefährdend sein können.

- ❖ Organisierter Rechtsextremismus
- ❖ Rechtsextreme Subkultur
- ❖ Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung verdeckt und im öffentlichen Alltag
- ❖ Strukturelle Bedingungen von Rassismus und Diskriminierung

sind mithin die Problemschichten, auf die das Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus abzielt.

(1) Organisierter Rechtsextremismus

Zum organisierten Rechtsextremismus gehören zunächst die rechtsextre-

mistischen Parteien DVU, Republikaner und NPD, die in der Vergangenheit den Schwerpunkt auf den „Kampf um die Parlamente“ legten. In Nienburg ist vor allem die NPD aktiv. Seit 2006 bestand eine NPD-Ortsgruppe, die mit Kameradschaften kooperiert und inzwischen als Kreisverband mit den Kreisverbänden Diepholz und Verden den Unterbezirk Mittelweser bildet. Es bestehen enge Verbindungen zum Umfeld der Nationalen Sozialisten im Raum Schaumburg und Ostwestfalen, insbesondere zu den Akteuren der ehemaligen Nationalen Offensive Schaumburg/Nationalen Offensive Nienburg (NOS/NONI) bestehen enge Verbindungen. Daneben gibt es in Nienburg Aktivitäten türkischer Rechtsextremisten.

Das „Vier-Säulen-Konzept“ der NPD

Der NPD ist nach dem Scheitern des von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat 2001 eingeleiteten Verbotsverfahrens gelungen, verstärkt in ost-deutschen Bundesländern Einfluss und Mandate zu gewinnen. Sie versucht nun, insgesamt an politischer Macht zu gewinnen und auf verschiedenen Ebenen aktiv zu sein. Dafür hat sie ein „Vier-Säulen-Konzept“ entwickelt, das folgende Elemente umfasst:

² Vgl. das gleichnamige Forschungsprogramm des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung

- ❖ den „Kampf um die Straße“,
- ❖ den „Kampf um die Parlamente“,
- ❖ den „Kampf um die Köpfe“,
- ❖ den „Kampf um den organisierten Willen“.

Zum „Kampf um die Straße“ zählt die NPD Aufmärsche und Kundgebungen, mit denen sie ihre Mobilisierungsfähigkeit zu demonstrieren versucht. Gleichzeitig will sie an Attraktivität für Anhänger aus dem Spektrum rechter Subkulturen im Umfeld der Kameradschaften gewinnen. Zugleich wird damit eine Drohkulisse gegenüber ihren politischen Gegnern aufgebaut. Nienburg wurde im Juni 2007 im Rahmen des Landtagswahlkampfes mit einer Kundgebung konfrontiert, in der die NPD den Schulterchluss mit den militanten neonazistischen Kameradschaften probte. In einem Interview für das Fernsehmagazin Monitor während der Kundgebung bekannte sich der NPD-Spitzenkandidat, Andreas Molau, ausdrücklich zur Zusammenarbeit mit der militanten Kameradschaft Nationale Offensive



Schaumburg/Nienburg, deren Führungskader inzwischen wegen vielfacher Gewalttaten rechtskräftig verurteilt wurden. Derzeit haben sich die Neonazis Bad Nenndorf als regelmäßigen Wallfahrtsort für ihre Aufmärsche ausgesucht. Dort haben sie für mehrere Jahre im Voraus Demonstrationen angemeldet.

Obwohl sie kein vorzeigbares Personal hatte, führte der „Kampf um die Parlamente“ der NPD bei der Landtagswahl 2008 im Wahlkreis Nienburg Nord mit 2,5 % der gültigen Zweitstimmen zu einem überdurchschnittlichen Ergebnis. Allerdings konnte die NPD damit kein Mandat erringen. Bei einer Kommunalwahl hätte ein solches Ergebnis aber zu einem Sitz im Rat führen können. Dass rechtsextremistische Mandatsträger versuchen, gewählte Kommunalparlamente für ihre verfassungsfeindlichen Ziele zu instrumentalisieren, zeigen die Erfahrungen aus den Nachbarlandkreisen.

Der „Kampf um die Köpfe“ umfasst vielfältige Aktivitäten. Für Kader und Partei-

basis werden regelmäßig Schulungen durchgeführt. Parallel dazu wird eine Art Intellektualisierung der Partei betrieben. „Kampf um die Köpfe“ heißt zugleich gezielte Agitation gegen Demokratie. Hierzu bedient sich die NPD neben den klassischen Propagandamitteln gerne jugendgemäßer Aktionsformen und neuer Medien. Dazu gehören Konzerte, Internetauftritte, Videoportale, CDs und USB-Sticks mit Musik und Filmen. Entsprechende Materialien wurden in Nienburg vor Schulen und verteilt, allerdings mit geringer Resonanz. Im öffentlichen Raum der Stadt Nienburg



ist die NPD so gut wie nicht präsent. Besondere Verbreitung findet vor allem rechtsextremistische Musik über das Internet. Damit findet die NPD Zugang zu nicht organisierten und gewaltbereiten Gruppen im rechtsextremen Umfeld.

„Kampf um den organisierten Willen“ steht für die Bemühungen der

reiten Kameradschaften. Die Nienburger NPD hat enge Beziehungen zur DVU im Landkreis Diepholz und zu den Nationalen Sozialisten.

Die Nationalen Sozialisten haben in Nienburg insbesondere durch das Auftreten eines einschlägig vorbestraften Gewalttäters vor allem Jugendliche bedroht und terrorisiert. Die Nationalen Sozialisten sind hierorts eine Mischform aus Kameradschaft und rechtsextremer Subkultur, die sich zum Feiern und ab und zu für die Teilnahme an Aufmärschen und Veranstaltungen zusammenfindet. Die NS verfügen über eine hohe Gewaltbereitschaft, aber über eine geringe Organisations- und Mobilisierungsfähigkeit. Andererseits gewinnt diese Szene für manche Jugendlichen Attraktivität durch die Verbindung von Party, Aktion und Machterlebnissen.

(2) Rechtsextreme Subkultur

Rechtsextreme Einstellungen sind kein Jugendphänomen, sondern in allen Altersgruppen vorhanden. Allerdings hat sich in den vergangenen Jahren eine

rechtsextreme jugendliche Subkultur entwickelt, die zu einer der wichtigsten Erscheinungsformen des Rechtsextremismus geworden ist. Diese rechtsextreme Subkultur wird von zu meist jugendlichen Akteuren und Mitläufern besetzt, die einem Lifestyle folgen, der rechtsextreme Einstellungen, Musik, Symbole, Codes und Verhaltensweisen einschließt. Hinzu kommt eine latente Gewaltbereitschaft. Da diese Jugendlichen in der Regel nicht Mitglied in rechtsextremistischen Organisationen sind, aber rechtsextrem orientiert sind, stellen sie ein Rekrutierungspotential für rechtsextremistische Organisationen dar.

In Nienburg existiert eine rechtsextreme Subkultur außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung, denn bei vielen Erwachsenen sind kaum Kenntnisse über aktuelle Erscheinungsformen des heutigen Rechtsextremismus vorhanden. Der Zugang zu rechtsextremer Propaganda und zu Musik mit rechtsextremen Inhalten erfolgt häufig über das Internet. Dort finden sich auf entsprechenden Seiten auch Kontaktmöglichkeiten zu Gleichgesinnten. Rechtsextremisten nutzen dabei durchaus erfolgreich auch Kommunikationsplattformen, die von vielen Jugend-

NPD, verschiedene Parteien, Gruppierungen und Kameradschaften unter ihrer eigenen Führung zu vereinen. Dazu gehören Absprachen mit der DVU über Kandidaturen bei Wahlen ebenso wie die Kooperation mit gewaltbe-



lichen besucht werden. Sie knüpfen dabei an eine veränderte Nutzung der Medien unter Jugendlichen an. Ein kleiner Teil der rechtsextremen Subkultur bewegt sich unmittelbar im Umfeld der Nationalen Sozialisten und der NPD.

(3) Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung

Der Umfang von nicht strafrechtlich relevanter gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist ohne qualitative Sozialforschung vor Ort nicht genau zu belegen. Nienburg hat im Vergleich zu anderen Kleinstädten in Niedersachsen einen guten Ruf. Insbesondere bürgerschaftliches Engagement und

vielfältige Initiativen für eine interkulturelle Stadtgesellschaft haben wichtige Beiträge zu einem positiven Klima geleistet.

Gleichwohl finden sich auch in Nienburg Beispiele von Alltagsrassismus, Antisemitismus, Islamophobie, Behindertenfeindlichkeit und anderer Ausgrenzung und Diskriminierung. Betroffene berichten von Vorurteilen und Herabsetzungen, mit denen ihnen begegnet wird. Jugendliche und junge Erwachsene machen die Erfahrung, in der örtlichen Diskothek aufgrund ihres Aussehens und ihrer Herkunft abgewiesen und ausgegrenzt zu werden.

Im Sport wird bisweilen mit rassistischen Beleidigungen auf dem Platz und vom Spielfeldrand aus das Fairplay grob missachtet. Problematisches Verhalten von Spielern mit Migrationshintergrund wird häufig nicht offen mit Bezug auf die einzelne Person kritisiert, sondern führt oft zur Stigmatisierung der betreffenden Bevölkerungsgruppe.

Muslime sehen sich häufig unter den Generalverdacht des Islamismus gestellt. Die tür-

kisch-islamische Gemeinde in Nienburg bemüht sich seit langem gemeinsam mit dem Integrationsbeauftragten des Landkreises, der Stadt Nienburg und verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen, das wechselseitige Verständnis zu fördern. Dennoch sind Ausgrenzungstendenzen unübersehbar. Nur relativ wenige eingeborene Deutschstämmige finden z. B. den Weg zum internationalen Kinderfest an der Moschee, obgleich aus der deutschstämmigen Bevölkerungsgruppe immer wieder die Aufforderung an die Muslime gerichtet wird, sich zu öffnen. Rückzugsverhalten bei Migranten stehen in einem engen Zusammenhang mit vorangegangener erlebter Diskriminierung.

Von Diskriminierung und Ausgrenzung sind in Nienburg nicht nur Migrantinnen und Migranten betroffen, sondern auch andere Gruppen:

Deutsche Sinti-Familien leben seit langer Zeit in Nienburg. In fast jeder Familie wurden Angehörige durch das nationalsozialistische Regime ermordet. Dass diese Familien bis heute von rassistischer Ausgrenzung und von Desintegration betroffen sind, kann nur als Schande bezeichnet werden.



Die Diskriminierung von Menschen mit Handicaps ist in den alltäglichen Sprachgebrauch vieler Jugendlicher eingegangen. „Bist du behindert“, hört man auf den meisten Schulhöfen täglich als völlig normale Beschimpfung. Das gleiche gilt für die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung.

Antisemitismus ist in der Alltagssprache nicht weniger Nienburgerinnen und Nienburger verankert; dies mag teilweise unbewusst sein. Problematischer ist offenes antisemitisches Verhalten bis hin zu Straftaten, vor allem durch Schmierereien und die wiederkehrenden Friedhofs- und Gedenkstättenchändungen (die jüngste wurde zum Zeitpunkt der redaktionellen Bearbeitung des Handlungskonzepts an der zentralen Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewalt am Weserwall festgestellt). Vor allem eine im Einzelfall legitime Israelkritik wird zunehmend als Hülse für Herabsetzungen oder gar unverhohlene Hetze (wie anlässlich einer propalästinsischen Demonstration 2009) gegen „die Juden“ eingesetzt.

Das Fazit fällt ambivalent aus. In den insgesamt positiven Eindruck einer interkulturellen, demokratischen Stadtgesellschaft mischen

sich problematische Facetten von Diskriminierung und Ausgrenzung, die für die betroffenen Bürger und das Gemeinwesen gleichermaßen schädlich und verletzend sind. Für eine fundierte Aussage über die demokratischen Potenziale der Nienburger Stadtgesellschaft wäre eine entsprechende Sozialraumanalyse erforderlich.

(4) Strukturelle Bedingungen von Rassismus und Diskriminierung

Rassismus und Diskriminierung als zentrale Elemente rechtsextremer Ideologie entwickeln sich nicht im gesellschaftlichen Vakuum. Sie können durch strukturelle Rahmenbedingungen reduziert oder verschärft werden.

Die strukturelle Benachteiligung einzelner Bevölkerungsgruppen auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche und im Bildungssystem ist diskriminierend und verstärkt diskriminierende Einstellungen gegenüber diesen Gruppen.

Wirtschaftliche Krisen und die Konsequenzen der finanziellen Notlage kommunaler Haushalte tragen zur Verunsicherung der Menschen bei und damit fast unvermeidlich zum verstärkten Auftreten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

(Sündenbock-Effekt).

Deshalb ist es besonders jetzt notwendig, sich systematisch mit den strukturellen Rahmenbedingungen von Rassismus und Diskriminierungen zu beschäftigen.

In Nienburg hat es bereits viele Bemühungen gegeben, durch symbolische Maßnahmen der Politik, aber auch durch strukturelle Veränderungen für Vielfalt und Demokratie einzutreten. Dennoch bleiben „Baustellen“ wie

- ❖ Teilhabe ausgegrenzter und benachteiligter Jugendlicher am Bildungssystem
- ❖ Migrantanteil in politischen Gremien und unter den Verwaltungsmitarbeiter/-innen der Stadt Nienburg
- ❖ Benachteiligte Wohnquartiere
- ❖ Desintegration und Diskriminierung von Sinti-Familien
- ❖ Praxis des Asyl- und Ausländerrechts
- ❖ Prüfung von Nutzungsordnungen, Satzungen etc., um eine Nutzung



von städtischen Ressourcen zu rassistischen oder diskriminierenden Zwecken zu verhindern

- ❖ Ethnisierung sozialer Konflikte
- ❖ Umgang mit gewaltbereiten Jugendlichen
- ❖ Interkulturelle Konflikte – mangelnde interkulturelle Kompetenz
- ❖ institutionelle Wahrnehmung von ausgegrenzten und benachteiligten Menschen als Opfer, anstatt als eigenständige Akteure?

2.2 Fazit zur Ausgangslage

Nienburg konnte in den vergangenen Jahren rechtsextremistischen Auftritten mehrfach erfolgreich begegnen. Manche Erscheinungsformen des Rechtsextremismus werden allerdings kaum wahrgenommen bzw. erkannt. Hilfreich wäre eine entsprechende Sozialraumanalyse, ebenso wie für das Erfassen vorhandener Potenziale zur Demokratiestärkung.

In Nienburg und im Kreisgebiet gibt es immer noch rechtsextremistische Aktivitäten. Die NPD und die Nationalen Sozialisten sind geschwächt, finden aber in der rechtsextremen Subkultur potenziell neue Anhänger. Handlungsbedarf ergibt sich vor allem aufgrund

rechtsextremer und rassistischer Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft und der subkulturellen rechtsextremen Anhängerschaft. Darüber hinaus stellen die strukturellen Bedingungen, die Rassismus und Diskriminierung auf kommunaler Ebene fördern, eine große Herausforderung für die Stadt Nienburg dar. Für das Leitbild einer interkulturellen Gesellschaft und die Zielsetzungen Chancengleichheit und Barrierefreiheit muss weiterhin aktiv geworben und gearbeitet werden.

3. Demokratische Potenziale aus der Sicht von Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft

Wir leben in einer Stadt mit einer weit zurückreichenden Tradition demokratischer Entwicklung, sozialen Miteinanders und gelebter Solidarität. Das Maß bürgerlichen Engagements, die Beteiligung an gemeinnützigen Projekten und Vorhaben sowie die Ergebnisse öffentlicher Umfragen zeigen, dass die Menschen gern hier leben und bereit sind, sich für ein demokratisches, friedfertiges Gemeinwesen einzusetzen. Das öffentliche Leben in Nienburg enthält deshalb ein vielfältiges Potenzial zur Stärkung der Demokratie, das es zu nutzen gilt. Gesellschaftli-

che Teilhabe, Möglichkeiten politischer Partizipation, Abbau von Zugangsbarrieren, Verbesserung der sozialen Lage für Benachteiligte und die Vielfalt selbst – all dies sind solche Potenziale, die ausgeschöpft und gestärkt werden müssen. Der Rat der Stadt Nienburg setzt sich dafür ein, dass diesem Prinzip in vielen Lebensbereichen Geltung verschafft wird:

- ❖ im Einstellungswesen,
- ❖ in einer sozialen Infrastruktur, insbesondere für bisher benachteiligte Stadtviertel,
- ❖ in der Gestaltung des Wohnumfelds und im Quartiersmanagement,
- ❖ im vorschulischen Bereich und in den Schulen,
- ❖ bei der Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen,
- ❖ bei der Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden,
- ❖ bei der Eigen Darstellung der Stadt nach innen und außen.

Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Toleranz im Umgang mit Einheimischen und Fremden, Respekt und Akzeptanz, Zivilcourage gegen Gewalt und Intoleranz,



Aufstehen gegen das Vergessen, Ermöglichung kultureller Ausdrucksformen für alle Generationen und für alle Bevölkerungsgruppen sollen Teil des städtischen Leitbildes werden.

4. Das Handlungskonzept

Der Rat der Stadt Nienburg sieht sich in der Verantwortung, folgende Potenziale für das Handlungskonzept zu nutzen:

4.1 Erstellung einer „Lokalen Analyse über die Gefahren des Rechtsextremismus und demokratische

Potenziale, insbesondere in und mit der Jugend“;

4.2 Direkte Aktionen gegen öffentliches Auftreten von Rechtsextremisten:

- ❖ Bürgerengagement, Kulturfeste, demokratische Aktionen,
- ❖ das rechtlich relevante Verfahren bei rechtsextremen Straftaten,
- ❖ Registrierung und Bewertung der Vorkommnisse durch Einrichtungen wie das WABE-Bündnis;

4.3 Beteiligung an der Kampagne „Orte der Vielfalt“:

Gemeinsame Bewerbung mit Landkreis Nienburg und Stadt und Landkreis Verden, Betonung der regionalen Zusammenarbeit auch mit Nachbarkreisen und -kommunen;

4.4 Weitere Unterstützung/Förderung des Weser-Aller-Bündnisses (WABE):

Langfristige regionale Zusammenarbeit auch vor dem Hintergrund von Entwicklungen wie Landkreisreform, Regionalstadt etc.;

4.5 Weitere Förderung von und Mitwirkung bei Gedenkarbeit, Erinnerungskultur, Bürgerengagement, Jugendinitiativen, Zivilcourage, überregionalen Veranstaltungen;

4.6 Engagement für Partizipation und gegen Ausgrenzung als Querschnittsthema:

Diversity Mainstreaming, Pflege und Nutzung der gesellschaftlichen Vielfalt der Stadt als Wert und Ressource, Wahrnehmung konkreter Defizite und Möglichkeiten ihrer Überwindung (Frauen, Migranten, Jugend, Kinder, Behinderte, sozial Schwache etc.), Förderung und Begünstigung von Diversity-freundlichen Initiativen, institutionalisierte Partizipationsmöglichkeiten (Räte, Beiräte, Jugend-Parlament etc.);

4.7 Integrationsarbeit: gezielte Integrationsmaßnahmen, gleichberechtigte Zusammenarbeit mit den Einrichtungen von Menschen mit Migrationshintergrund, Einbindung ihrer Angebote;



4.8 Jugend- und Bildungsarbeit:

Förderung demokratischer Jugendprojekte, Zusammenarbeit mit Stiftungen und Einrichtungen der Jugendarbeit und mit Bildungseinrichtungen, Erwachsenenbildung, Menschenrechtsorientierung;

4.9 Stadtteilarbeit unter dem Blickwinkel der Demokratiestärkung:

Zusammenhang zwischen Stadt- und Stadtteilentwicklung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Verbesserung der Wahlbeteiligung, Diskussion und Meinungsaustausch über Gruppengrenzen hinweg;

4.10 Unterstützung gezielter Aktionen und Kampagnen, die mit den Zielen des Handlungskonzepts übereinstimmen;

4.11 Vorbild- und Impulsgeber-Rolle der Stadt bei folgenden Zielgruppen:

Neubürger/innen, Wirtschaftsförderung („Charta der Vielfalt“), Politik („Diskursregeln“); Appell an Vereine, Verbände, Initiativen etc., bei sich selbst nach demokratischen Potenzialen zu suchen;

4.12 Kulturarbeit:

Förderung von Einrichtungen unter den oben genannten Aspekten, Ausrichtung der eigenen Kulturarbeit auf Demokratieentwicklung;

4.13 Handreichungen für Akteure:

Erarbeitung und Veröffentlichung eines Ideenkatalogs für die Arbeit gegen Rechtsextremismus und für die Stärkung der Demokratie unter Berücksichtigung der Nienburger Situation;

4.14 Lokale, regionale und überregionale Vernetzung; Bestandsaufnahme der Netzwerkpartner in Stadt, Landkreis, dem weiteren Umfeld und auch landes und bundesweit;

4.15 Schaffung eines öffentlichen Raums „Ort der Vielfalt“ im Zentrum Nienburgs.



5. Zeitrahmen und Partner

Das Handlungskonzept soll langfristig verfolgt und nachhaltig und kontinuierlich und unter Setzung von möglichst jährlichen Schwerpunkten realisiert werden. Zu seiner Umsetzung wird die Verwaltung gebeten, mögliche weitere Partner des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens und Einzelpersonen zu suchen und schon auf der Gestaltungsebene in Maßnahmen einzubeziehen. Die Zusammenarbeit mit bestehenden Projekten und Organisationen, den Schulen und vor allem auch dem Landkreis Nienburg sowie den Nachbarkommunen wird als essenziell angesehen.

Nienburg, 14. Dezember 2010

Der Rat der Stadt Nienburg/Weser

➔ WABE-Koordinierungsstelle - Lokaler Aktionsplan gegen Rechtsextremismus Verden/Nienburg

Beratung und Förderung von Projekten gegen Rechtsextremismus

Die WABE-Koordinierungsstelle zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes gegen Rechtsextremismus informiert über Fördermittel für Projekte zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen gegenüber neofaschistischer Propaganda. Sie arbeitet im Rahmen des kommunalen WABE-Netzwerkes der Städte und Landkreise Nienburg und Verden

Darüber hinaus bietet WABE Beratung und Informationen zum Thema Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung. Als Servicestelle für „Schule Ohne Rassismus – Schule Mit Courage“ unterstützt WABE auch Schulen und Schüler/innen bei ihren Initiativen und führt regelmäßig Fortbildungen und Fachtagungen zu diesem Thema durch.

Gefördert werden können Projekte zu folgenden Themen:

- ❖ Demokratie stärken
- ❖ Interkulturelles Lernen/

antirassistische Jugendbildung

- ❖ Politische Bildung
- ❖ Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Die WABE-Koordinierungsstelle vermittelt auch Kooperationspartner und Referent/innen zu den genannten Themen.

Fokus gGmbH im Auftrag der Städte u. Landkreise Nienburg und Verden

Ansprechpartner:

Herr Klemm

Adresse: Holzmarkt 15

Telefon: 04231 / 676222

E-Mail: info@wabe-info.de

Internet: www.wabe-info.de

**Kontakt/
Träger**

➔ Runder Tisch gegen Rassismus und rechte Gewalt

in Stadt und Landkreis Nienburg

Der „Runde Tisch“ ist ein Aktionsbündnis, das gegen Rassismus und rechte Gewalt in Stadt und Landkreis Nienburg aufruft und sich für Toleranz und Demokratie einsetzt. Das Bündnis tagt offen und verlangt keine feste Mitgliedschaft. Bei aktuellen Anlässen ruft der Runde Tisch gegen Rassismus und rechte Gewalt alle gesellschaftlichen Gruppen zu Aktivitäten im Sinne seiner Zielsetzung auf.

Entstehung:

Anfang Oktober 2000 fand anlässlich einer Schändung des jüdischen Friedhofes in Nienburg eine Mahnwache gegen rechtsradikale Übergriffe statt. Zur gleichen Zeit trat erstmals die NPD mit einem Informationsstand in der Nienburger Innenstadt auf. Dies war die Geburtsstunde des „Runden Tisches gegen Rassismus und rechte Gewalt“ zu dem sich am 27. Oktober 2000 im Nienburger Kulturwerk rund 20 Frauen und Männer aller Altersgruppen aus Parteien und Vereinen, Verbänden, von Polizei und Kirchen, aber auch nicht organisierte Bürgerinnen und Bürger trafen.

Zielsetzung:

Das Selbstverständnis des Runden Tisches basiert auf dem bundesweiten „Aufruf für Toleranz“ im Jahre 2000, den 44 Erstunterzeichner und Erstunterzeichnerinnen aus Politik, Wirtschaftsverbänden, Arbeitnehmerverbänden und Religionsgemeinschaften mit ihrer Unterschrift unterstützten (Berliner Aufruf für Toleranz und Demokratie). Diesen Aufruf hatten auf Initiative des Runden Tisches viele namhafte Persönlichkeiten in Stadt und Landkreis Nienburg Beispiel gebend unterzeichnet und damit ein klares Bekenntnis gesetzt. Insgesamt wurden 4000

Unterschriften gesammelt und in der Tageszeitung „DIE HARKE“ vom 8. November 2000 veröffentlicht.

Aktionen – aktuelle Anlässe:

- ❖ 9. November 2000: Rund 400 Menschen gehen den „Weg des Gedenkens“ vom Ort der ehemaligen jüdischen Synagoge am Schloßplatz bis zur Gedenktafel am Rathaus. Ausstellung „Demokratie gegen Rechts“ des niedersächsischen Verfassungsschutzes mit Rahmenprogramm
- ❖ 9. November 2001: Erstmalige Verleihung des Elisabeth-Weinberg-Preises
- ❖ 2002: Mahnwachen für den Frieden, Mitarbeit im Arbeitskreis Gedenken und im Friedensratschlag,
- ❖ 9. November – 2. Verleihung des Elisabeth-Weinberg-Preises
- ❖ 2003: 9. November – 3. Verleihung des Elisabeth-Weinberg-Preises
- ❖ 2004: Unterstützung des Kulturprojekts gegen Gewalt: „Mut statt Wut“ und „Jazz im Nationalsozialismus“,
- ❖ 9. November: Aus gegebenem Anlass 2. Aufruf für Demokratie und Toleranz mit 90 Erstunterzeichner/innen aus dem Landkreis

- ❖ 2005 und 2006: 9. November – 4. und 5. Verleihung des Elisabeth-Weinberg-Preises
- ❖ 2007 Aufruf zu Aktionstag und Demonstrationen unter dem Motto „Gesicht zeigen“ anlässlich der Ankündigung (März) und Durchführung (Juni) einer Nazi-Kundgebung
- ❖ 2007/2008: Oktober bis Januar: Aufrufe, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen (Landtagswahl). An jedem Samstag wurde dazu ein Stand in der Nienburger Innenstadt von einer oder mehreren zivilgesellschaftlichen Organisationen besetzt.
- ❖ Mai 2008: Bücherlesung zum 75. Jahrestag der Bücherverbrennung 1933,
- ❖ 9. November – 6. Verleihung des Elisabeth-Weinberg-Preises
- ❖ 2008 und 2009: Unterstützung der Nienburger Sternmärsche
- ❖ 2010: Aufruf und Teilnahme an einer Demonstration gegen den Naziaufmarsch in Bad Nenndorf,
- ❖ 9. November – 7. Verleihung des Elisabeth-Weinberg-Preises

Kontakt

E-Mail: info@elisabeth-weinberg-preis.de,
www.elisabeth-weinberg-preis.de

➔ ELISABETH-WEINBERG-PREIS

Jugendpreis in Stadt und Landkreis Nienburg
Für ein gleichberechtigtes
Miteinander
Für Zivilcourage
Gegen das Vergessen

Der ELISABETH-WEINBERG-PREIS erinnert an eine junge Frau aus Nienburg, deren Schicksal stellvertretend für viele Opfer des Nationalsozialismus aus Stadt und Landkreis steht. Im Alter von 19 Jahren wurde sie gemeinsam mit ihren Eltern und weiteren 16 Nienburger/innen jüdischen Glaubens verschleppt und in einem der Konzentrationslager ermordet.

Der ELISABETH-WEINBERG-PREIS zeichnet junge Menschen aus, die FÜR ein gleichberechtigtes Zusammenleben und GEGEN Rassismus, Anti-

semitismus und Diskriminierung von Menschen in Stadt und Landkreis Nienburg eintreten.

Er würdigt und ermutigt junge Menschen, die sich ungeachtet der persönlichen Folgen couragiert gegen Gewalt, Unrecht und Ausgrenzung eingesetzt haben.

Er fördert junge Menschen, die Erinnerungsarbeit leisten und Spuren von Unmenschlichkeit und vergangenem Unrecht in Stadt und Landkreis Nienburg sichtbar machen.

Für eine Auszeichnung können vorgeschlagen werden von jedem Bürger/jeder Bürgerin: junge Menschen ab dem 12. Lebensjahr. Junge Menschen können sich aber auch selbst bewerben: Einzeln, als Gruppe oder Schulklassen.

Bewertungskriterien der Jury:

- ❖ Vorbildfunktion in der Handlung (gebildet aus dem Träger/innenkreis)
- ❖ Sichtbare Eigeninitiative in Entwicklung und Ausführung
- ❖ Kommunikative Wirkung der Handlung bzw. des Projektes
- ❖ Nachhaltigkeit

Trägerinnen und Träger:

- ❖ Landkreis Nienburg/Weser
- ❖ Stadt Nienburg/Weser
- ❖ Evangelisch-lutherischer Kirchenkreis Nienburg
- ❖ Bürgerstiftung im Landkreis Nienburg
- ❖ Werner-Ehrich-Stiftung
- ❖ Runder Tisch gegen Rassismus und rechte Gewalt

Einsendeschluss:

Die Bewerbungen sollen in jedem Jahr bis zum Beginn der Sommerferien eingegangen sein und werden an folgende Adresse geschickt: Landkreis Nienburg, Büro des Landrates, Stichwort: ELISABETH-WEINBERG-PREIS, Kreishaus am Schlossplatz, 31582 Nienburg

Preisverleihung:

Der Preis wird verliehen im Rahmen des Gedenkens an die Pogromnacht des 9. November 1938.



Ansprechpartner/in:
Ulrike Kassube,
Adresse:
Steimker Berg 26
31608 Marklohe
Telefon: 05021 / 2706
E-Mail: info@elisabeth-weinberg-preis.de
Internet: www.elisabeth-weinberg-preis.de

Kontakt

➤ **Forum des Gedenkens:**
Erinnerung nach den Zeit-
zeugen?

Alljährliche Veranstaltung
zum Gedenken an die Be-
freiung des Konzentrations-
lagers Auschwitz

Im Programm des städti-
schen Arbeitskreises Ge-
denken nimmt das Forum
des Gedenkens eine heraus-
ragende Stellung ein. Seit
über zehn Jahren richtet
sich diese Veranstaltung
insbesondere an Schülerin-
nen und Schüler, Jugend-
liche, Pädagoginnen und
Pädagogen und alle ande-
ren Menschen, die in Ju-
gendprojekten, Initiativen,
Arbeitsgruppen oder sons-
tigen Veranstaltungen
mit Jugendlichen
und für Jugend-
liche Erinner-
ungsarbeit
machen.

Wie kön-
nen auch
in der
dritten
Gene-
ration
nach Na-
tionalso-
zialismus,
Holocaust
und den Ver-
brechen des
Zweiten Welt-
kriegs Erinnerung,
Auseinandersetzung
mit dem Rechtsextremis-
mus und Bereitschaft zur

Versöhnung mit den Op-
fern wachgehalten werden?
Ist dies auch nach der Le-
bensspanne der Zeitzeugen
noch möglich oder stirbt
die Erinnerung mit ihnen?
Die Antwort können nur die
Mädchen und Jungen von
heute selbst finden.

Deshalb veranstaltet der
Arbeitskreis Gedenken all-
jährlich zum 27. Januar,
dem Tag der Befreiung von
Auschwitz, eine Forums-
veranstaltung mit Jugend-
lichen und für Jugendliche.
Erwachsene, die den Dialog
mit Jugendlichen führen
wollen, sind ebenfalls will-
kommen. Jugendprojekte
berichten aus ihrer Arbeit,
Theatergruppen führen klei-
ne Stücke auf, Schul-AGs
veranstalten Lesungen, Ju-
gendgruppen erzählen von
Besuchsreisen zu Gedenk-
stätten. Oder es werden
Vorträge gehalten oder
Filme vorgeführt. Den Ab-
schluss des Forums bilden
stets Meinungsaustausch
und Diskussion nicht nur
über die Vergangenheit,
sondern auch über das
Heute. Auch Zeitzeuginnen
und Zeitzeugen sind immer
dabei.

Bisherige Themen waren
z. B. Kinder im Holocaust,
Die Verfolgung der Sinti
und Roma, Opfer der Eu-
thanasie, Zwangsarbeit in
unserer Region, Deportation
der Juden aus Nieder-

sachsen und andere. Im
Januar 2011 waren es der
Widerstand im KZ und das
Schicksal Nienburger Sinti.

Träger:

Stadt Nienburg/Arbeits-
kreis Gedenken

Kontakt

Ansprechpartner:

Thomas Gatter,
Stadt- und Kreisarchivar/
Conny Kramer,
Kulturbüro

Adresse: Rathaus, Am
Markt 1, 31582 Nienburg
Telefon: 05021 / 87230;
05021 / 87221

E-Mail: thomas.gatter

@nienburg.de;

c.kramer@nienburg.de

Internet: www.nienburg.de



➔ **Museum Nienburg:** Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus in der Mittelweser-Region

Am Beispiel der Stadt Nienburg und der gesamten Mittelweser-Region wird untersucht, welche Prozesse und Strukturen die NS-Diktatur in diesem Gebiet getragen haben. Neben der Archiv- und Bibliotheksrecherche stehen vor allem Interviews mit Zeitzeugen im Vordergrund, denn sie wissen größtenteils aus eigener Erfahrung, wie die Nationalsozialisten versuchten, die örtlichen Strukturen zu unterwandern und in ihrem Sinne zu nutzen. Waren es tatsächlich nur die Uniformen und die Freizeitaktivitäten der

NS-Jugendverbände, die sie zum Mitmachen veranlassten? Wussten sie und ihre Eltern, Bekannten, Verwandten und Freunde von den Greueltaten des Regimes? Wie erlebten sie als Kinder den Alltag im Dritten Reich mit den Aufmärschen, der NS-Propaganda, den Tag der Reichspogromnacht und die anschließende Judenverfolgung? Wie groß war die Not während des Zweiten Weltkrieges und welche Erfahrungen machten sie mit der anschließenden Besetzung durch alliierte Truppen?

All diese Fragen sollen in Rahmen von Interviews mit Zeitzeugen, die zumeist Kinder oder Jugendliche im Dritten Reich waren, geklärt werden. Gerade diese Alltagsgeschichten sind es, die in keinem Geschichtsbuch auftauchen. Mit dem Tod dieser Personen gehen auch ihre persönlichen Erfahrungen verloren. Sie aufzuzeichnen und der Nachwelt zu erhalten, ist das vorrangige Ziel dieser Projektarbeit.

Träger:

Museumsverein
Nienburg/Weser für
die ehemaligen Graf-
schaften Hoya, Diepholz
und Wölpe e.V.

Ansprechpartner:
Herr Duensing
Adresse: Leinstraße 48 A,
31582 Nienburg
Telefon: 05021 / 12461
E-Mail:
info@museum-nienburg.de
Internet:
www.museum-nienburg.de

Kontakt

➔ **Schritte Gegen Tritte®** Ein Anti- Gewalt-Programm für Schulklassen und Ju- gendgruppen



Das Projekt thematisiert strukturelle, ethnische und personale Gewalt.

Das Projekt umfasst mindestens einen Vormittag/ Nachmittag (besser länger) je Gruppe und wird mit 15 bis 30 Teilnehmer/innen durchgeführt. Es eignet sich als Projektwoche für bis zu 5 Schulklassen der Jahrgangsstufen 6 bis 13, aber auch für Konfirmand/innengruppen, Jugendfreizeiten o. ä. Das Projekt arbeitet mit vielfältigen Medien und Methoden, u.a. Plan- und Rollenspiel, Theaterwerkstatt, Quiz, Gesprächsgruppen, Video. Ideal wäre dabei die intensive Vernetzung mit den örtlichen Strukturen (Präventionsräte, Runde Tische, Kooperation mit örtlichen Projekten und Einrichtungen, Sozialarbeiter/innen, Pädagog/innen, Elternbeiräten und Schüler/innenvertretungen).



Das Projekt möchte:

- ❖ unterschiedliche Gewaltursachen, -strukturen, -reaktionen am Beispiel von Jugendlichen aus der Einen Welt aufzeigen und bewusst machen,
- ❖ Schüler/innen die Möglichkeit geben, eigene Gewalterfahrungen zur Sprache zu bringen, kritisch zu reflektieren und nach deren Ursachen zu fragen,
- ❖ Mut machen, konkrete Handlungshilfen im Umgang mit Gewalt zu entdecken und im Rollenspiel zu erproben,
- ❖ neben den gewohnten Reaktionsmustern (Flucht oder Gegengewalt) andere Alternativen erarbeiten, um auf persönlich erlebte Gewalt effektiv und deeskalierend reagieren zu können,
- ❖ sowie neue Zugänge zur christlich-ethischen Basis des aktiven gewaltfreien Widerstandes im Kontext der Weltreligionen schaffen.

Kontakt/ Träger

Evangelische Jugend im
Kirchenkreis Nienburg
Martin Bauer, Dipl. Religionspädagoge; Diakon
Ev. Jugend Kirchenkreis
Nienburg
Verdener Landstr. 69,
31582 Nienburg,
05021 / 92 47 20
Martin.Bauer@evlka.de

Die Kosten

Der Kostenbeitrag pro Tag beträgt 100 Euro. Dazu kommen 125 Euro Vorbereitung und Nachbereitung sowie Fahrtkosten.

➔ **Horst Peters spricht:**

Horst Peters liest für *Courage – gegen Gewalt und Faschismus*.

Ausgewählte Programme mit dem bekannten Rezitator HORST PETERS

Passend für die Thematik und das Programm „Vielfalt tut gut – Für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“.

Kurt Tucholsky – Programm: Wo ist der Schnee vom vergangenen Jahr ...

Ein „Tücho-Programm“, das es in sich hat und die Zeit sowie die Person Kurt Tucholskys (1899-1934) auf den Punkt bringt.

Ein plastischer und außergewöhnlicher Geschichts-

unterricht aus der Sicht Tucholskys anhand seines Lebens. Wie konnte

es zum Nationalsozialismus kommen? Tucholsky lehrt uns die Geschichte neu zu überdenken, und seine Gedanken besitzen nach wie vor Gültigkeit.

Erich Kästner für Erwachsene: Gesang zwischen den Stühlen

Wider den Ungeist . Ein literarisches Kabarett- und Satireprogramm

Ein bitterböses Programm gegen Gewalt und Faschismus, das Vergangenheit und Gegenwart beleuchtet. Aber gerade wegen des ernststen Themas gibt dieses Programm auch Gelegenheit zum Lachen und Schmunzeln. Texte von Tucholsky, Brecht, Kästner, Hesse, Frisch, Engelmann, Wondraschek, Edel, Ehrhardt und anderen.



Wolfgang Borchert-Programm: Stimmen sind da – in der Luft, in der Nacht
Horst Peters mit seinem preisgekrönten Borchert-Programm (Dt. Schallpl. Preis).

Heinrich Böll-Programm: Wie in schlechten Romanen

Eine Geschichte aus dem 2. Weltkrieg: Der Hund des Generals (Heinar Kipphardt)

Heinar Kipphardt ist bekannt als Bühnen- und Hörspielautor, u.a. Bruder Eichmann usw. Kipphardt desertierte als Soldat im 2. Weltkrieg und wurde dafür bis an sein Lebensende förmlich verfolgt und als Nestbeschmutzer angesehen. Mit dem „Hund des Generals“ präsentiert uns Kipphardt eine der besten Geschichten und Berichte aus dem 2. Weltkrieg. (Auch als Hörspiel sehr erfolgreich) Es ist die Geschichte des Gefreiten Pfeiffer, und zugleich in Ausschnitten ein Abbild der Wehrmacht und der Widersinnigkeit von Gewalt und Krieg.

Bertolt Brecht – Programm: Vom armen B.B.
Bertolt Brecht gehört als bestimmende literarische und Theater-Figur schillernd in dieses Jahrhundert. Seine Lebens- und Schaffens-Periode beginnt vor der Zeit

des deutschen NS-Staates, setzt sich fort während der Zeit als Emigrant im Ausland und beginnt wieder in Deutschland. Diese Zeitspanne spiegelt sich in seinen Werken wieder.

Der Fall Erna Waschinski – Ein Bericht über ein junges Mädchen aus unserer Gegend

Horst Peters berichtet über das Mädchen Erna Waschinski aus unserer Nähe. Sie wurde kurz vor Kriegsende zum Tode verurteilt wegen eines angeblichen „Kleindiebstahls“. Das Todesurteil wurde im Gefängnis Wolfenbüttel mit dem Fallbeil vollstreckt.

In den 60/70ziger Jahren wurde dieses Urteil von einem bundesdeutschen Gericht noch einmal bestätigt und somit für rechts befunden. Diese Veranstaltung erinnert und mahnt zugleich.

Jedes Programm wird unterlegt mit Einführungen/Moderationen etc., sodass keine Vorbildung zum Autor/Thema notwendig ist, lediglich die Bereitschaft zur Information und innerer Aufnahme sollte vorhanden sein. Die Zuhörer werden im Rahmen solch eines Programmes umfangreich informiert. Jedes Programm wird grundsätzlich mit Musik inszeniert, sodass dem Zuhörer Raum und Zeit zur

inneren Wirkung und Verarbeitung gegeben wird.

Sound Star-Tonproduction
(Internationaler Tonträger-Verlag),
Lange Straße 26
31595 Steyerberg,
Tel. 057 64 / 457 oder
Kulturbüro:
057 64 / 94 26 59
Fax: 057 64 / 94 26 60
Mail:
soundstarton@t-online.de
Internet:
www.soundstarton.de

Träger

➔ **Ausstellung: „Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben“ - Wanderausstellung zur Geschichte der Jugend-Konzentrationslager Moringen und Uckermark 1940-1945**

Aufgrund politischer, religiöser, rassistischer und - vor allem - sozialer Verfolgung wurden Mädchen in Uckermark und Jungen in Moringen als sog. „Gemeinschaftsfremde“ inhaftiert. Im Alter von 10 bis 25 Jahren waren dabei nahezu 3.000 Kinder und Jugendliche aus ihren Lebenszusammenhängen gerissen und dem SS-Terror, der kriminalbiologischen Selektion und Zwangsarbeit ausgesetzt worden. Sie kamen aus allen Teilen des „Reiches“ so-



wie
a u s
den von den
deutschen Truppen überfal-
lenen Ländern. Fürsorge-
rinnen und Erzieher, Poli-
zei, Haus- und Blockwarte,
Nachbarn und Bekannte,
Arbeitgeber und Lehrher-
ren: Viele beobachteten,
registrierten und denun-
zierten den Lebensstil, das
„unbotmäßige“ und auffälli-
ge Verhalten oder die anti-
nazistische Einstellung der
Jungen und Mädchen. Vor
allem Jugendämter und
Erziehungsheime nutzten
die Möglichkeit, missliebige
Jugendliche aus der Hei-
merziehung auszusondern
und in die Jugend-KZ zu
überstellen. Dort wurden
sie unter erniedrigenden
Bedingungen zusammen-
gepfercht. Mangelhafte

Verpflegung, peinigende
Strafen und sadistische
Quälereien gehörten
zum täglichen Leben
der Häftlinge. In der
Haft starben viele
Jungen und Mäd-
chen, die Über-
lebenden erlitten
erhebliche kör-
perliche und seeli-
sche Beeinträchti-
gungen.

Mit der Ausstel-
lung sollen vor allem
auch Jugendliche an-
gesprochen und „er-
reicht“ werden. Auf 32
Tafeln wird - eingebettet
in die „Große Geschichte“ -
das Erleben und Leiden der
Mädchen und Jungen in
den Jugend-KZ durch Fo-
tos, Dokumente und Texte
nachgezeichnet. Nach dem
Krieg gehörten beide Lager
zu den „verschwiegenen Ka-
piteln“ in der Öffentlichkeit
und in der jeweiligen Stadt-
geschichte Moringens und
Fürstenbergs. Die Ausstel-
lung zeichnet das Verdrän-
gen und Vergessen nach.
Sie zeigt auch, was nach
1945 mit Opfern und Tätern
geschah. Die Darstellung
der Verfolgung und Inhaftie-
rung der Mädchen und Jun-
gen verdeutlicht die Mecha-
nismen von Diskriminierung
und Ausgrenzung, die auch
bei der heutigen Einschät-
zung von Außenseitern und
Minderheiten zu entdecken
sind. Der biografische An-
satz soll einen verstehen-

den Zugang zur Dimension
der Verbrechen im national-
sozialistischen Deutschland
erleichtern, aber auch den
Bezug zu „aktuellen“ Frage-
stellungen ermöglichen.

Die Ausstellung besteht aus
29 Holzrahmen (Höhe 2,00
m, Breite 1,10 m). Um
sie ideal platzieren zu könn-
en, ist eine Ausstellungs-
fläche von ca. 7 x 11 m
angebracht. Für die Bil-
dungsarbeit wird ein CD-
Phonoturm (Tondokumente)
sowie DVDs mit Spielfilmen
und Dokumentationen zur
Thematik mitgeliefert. Vor-
träge, Lesungen und Work-
shops mit unterschiedlicher
inhaltlicher Ausrichtung sind
möglich. Der großformatige
Katalog, der alle Ausstel-
lungstafeln beinhaltet, wird
den Präsentationspartnern
in ausreichender Stückzahl
in Kommission mitgeliefert.

Träger

Guse Bildungsprojekte
Ansprechpartner:
Herr Martin Guse
Adresse: Postfach 12 27,
31615 Liebenau
Telefon: 05023 / 15 75
E-Mail: info@martinguse.de
Internet:
www.martinguse.de

Kosten/Aufwand:
210,00 € pro Woche zzgl.
MWSt plus Kosten für Auf-
und Abbau/Transport

➡ NS-Zwangsarbeit in der Pulverfabrik Liebenau – 1939 bis 1945

(Jugend-)Bildungsangebote zur Geschichte und Gegenwart

Ab Sommer 1939 errichtete die Firma Wolff & Co. aus Walsrode in unmittelbarer Umgebung der Ortschaften Liebenau und Steyerberg einen ausgedehnten Rüstungskomplex, die Pulverfabrik Liebenau. Auf einer Fläche von 12 Quadratkilometern entstanden knapp 400 einzelne Produktionsgebäude, die durch ein Netz von 84 Kilometern Straßen und 42 Kilometern Schienen verbunden wurden. Ab 1941 produzierte die von Wolff & Co. gegründete Tochterfirma „Eibia“ im Auftrag des Oberkommandos des Heeres (OKH) über 41.000 Tonnen unterschiedlichster Pulversorten zur Beschleunigung von Geschossen. Fremd- und Zwangsarbeiter/innen aus zahlreichen europäischen Ländern stellten ca. 80% der Gesamtbelegschaft. Über 11.000 Namen dieser ausländischen Zivilarbeitskräfte sind bis heute in den kommunalen Karteien erhalten geblieben. Hinzu kamen sowjetische Kriegsgefangene und die Häftlinge des „Arbeits-erziehungslagers“ Liebenau. Der Arbeitseinsatz, die Behandlung und die Verpflegung folgten den Kriterien

der NS-Rassenideologie: An der Spitze der Hierarchie standen zivile Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene aus west- und nordeuropäischen Staaten, an ihrem Ende sowjetische Kriegsgefangene und „Ostarbeiter/innen“, die Ablehnung, Hass und Minderversorgung zu erdulden hatten. Mehr als 2.000 sowjetische Kriegsgefangene sowie „Ostarbeiter/innen“ des Werkes starben an Krankheiten und durch Hunger, Misshandlungen, Explosionen und Unfälle, Erschießungen und Hinrichtungen. Eine besonders brutale Behandlung erfuhr die Gefangenen des „Arbeitserziehungslagers“, das im Jahre 1940 als eines der ersten seiner Art von der Gestapo-Leitstelle Hannover im Ort Liebenau errichtet worden war. Die „Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau“ bietet zwei Webseiten zu den historischen und aktuellen Fragestellungen an. Die direkten Bildungsangebote umfassen Führungen auf dem ehemaligen Werks-gelände (mit 400 Bauten), Vorträge, Lesungen, Workshops, integrative Jugendarbeit, Schulprojekte sowie internationale Jugendaustauschwochen (auch mit der vereinsinternen Jugend-AG). Alle Angebote können für unterschiedliche Adressatengruppen zeitlich, inhaltlich und methodisch-didaktisch

differenziert ausgerichtet werden. Beim Transfer der historischen Fakten in die heutigen Lebenswelten der jungen Teilnehmer/innen bieten wir folgende Themen an: Wahrung der Menschenrechte und der Demokratie, Friedenserziehung, Völkerverständigung, Konfliktbearbeitung und Toleranz, Integration, „Kalter Krieg“ und „Zukunftswerkstatt“. Die Jugendbildungsangebote richten sich an die Zielgruppe der 14 bis 27jährigen, aber auch Grundschulklassen können behutsam an die Thematik herangeführt werden.

Dokumentationsstelle
Pulverfabrik Liebenau e.V.
Ansprechpartner:
Herr Martin Guse
Adresse: Postfach 12 27,
31618 Liebenau
Telefon: 05023 / 15 75
E-Mail: pulverfabrik@
martinguse.de
Internet: www.martinguse.de/pulverfabrik sowie
www.japl.de
(vereinsinterne Jugend-AG)

Träger



Kosten/Aufwand:

Führungen und Bildungsangebote erfolgen nach Anfrage und gezielter Vorab-sprache hinsichtlich Dauer, Aufwand und Ausrichtung. Bei den Führungen werden Spenden für die Vereinsarbeit erbeten. Bei Lesungen, Vorträgen und in der Projektarbeit variieren die Kosten.

➔ **IBUK e.V. - Institut für Bildung und Kultur:** Workshops, Seminare und Rollenspiele zum Umgang mit Minderheiten und Mehrheiten, mit Rassismus, Gewalt und Rechtsextremismus

Wir bieten unterschiedliche Seminare

und Workshops zu den genannten Themen an. Diese Angebote werden in unterschiedlichen Zeitrahmen durchgeführt. Es ist möglich, ein zweistündiges Seminar, einen fünftägigen Workshop oder ein längerfristiges Projekt wie „Das Nordertor – Schmelztiegel der Kulturen“ durchzuführen. Handlungs- und ergebnisorientierte Projekte stärken das Selbstwertgefühl der Teilnehmer/innen, motivieren und vermitteln Kompetenzen für die positive Entwicklung der Jugendlichen.

Durch die unterschiedlichen Angebote erhalten die Teilnehmer/innen die Möglichkeit, Grundkenntnisse und Methoden zu erlernen, mit denen sie selbst aktiv werden können.

Die Methoden, die wir nutzen, sind vielfältig, u.a. führen wir Plan- und Rollenspiele durch. Ein zentrales Ziel ist es, sich thematisch mit z.B. Mehrheiten/Minderheiten und Differenzverhältnissen auseinander-

zusetzen, aber auch die Möglichkeit der Selbstreflexion wird geboten. Darüber hinaus soll den Teilnehmer/innen die Gelegenheit gegeben werden, Hintergrundwissen über Erscheinungsformen von Rechtsextremismus wie Dresscodes und Symbole zu erfahren.

Unsere Zielgruppe sind Jugendliche und Schüler/innen ab 14 Jahren.

Träger

ibuk e.V.
Ansprechpartner:
Aicha Fadla Chouza
Adresse: Moorstr. 6,
31634 Steimbke
Telefon: 01 63 / 8 73 87 92
E-Mail: aicha.fadla@web.de
Internet: www.ibuk-ev.de



Der Broadway von Nienburg – Tanz der Kulturen

sputnike <jungeKultur> im CJD Nienburg



Was passiert, wenn Jugendliche aufeinander treffen und miteinander auskommen wollen und müssen? Woher kommen denn eigentlich meine Nachbarn, gehört das Land aus dem sie kommen zu Europa und wenn nicht wo liegt es sonst? Was habe ich mit denen überhaupt zu tun? Wenn Vorurteile und rassistisches Gedankengut siegen, geschieht nichts Gutes! Doch findet sich ein Weg der Verständigung – und

sei es nur die Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner – jeder Mensch ist einzigartig, keiner darf verloren gehen... dann ist alles möglich!

15- bis 25-Jährige einheimischer wie anderer Herkunft breakdancen, rappen, singen, tanzen und schauspielern auf dem Broadway mit der Message: Jedem seine Chance!

Mit ihren in kompletter Eigenregie konzipierten und produzierten Bühnenshows und Musicals „on the road“, „Go Go to Amerika“ und „STOP“ präsentiert sich sputnike <jungeKultur> im CJD Nienburg mittlerweile seit zehn Jahren mit über 350 Aufführungen vor mehr als 300.000 Zuschauerinnen und Zuschauern einem bundesweitem Publikum.

Weiter haben wir hier bei uns die „miteinander-füreinander-Gruppe“, die z. B. die Aktion „blaue Hand“ ins Leben gerufen hat. Unter dem Motto „Kein Fingerbreit der Fremdenfeindlichkeit – Alle sind gleich in Ihrer Einzigartigkeit“ wandert die „blaue Hand“ (Größe = ca. 4,00m) durch die Lande und auf Postkarten werden Fingerabdrücke gesammelt, die

sich mit dem Motto solidarisch erklären.

Also, wer Lust bekommen hat, sich persönlich für ein menschliches Miteinander aller Menschen zu engagieren und Interesse an allem was mit Theater machen zutun hat oder sich in einer unserer anderen Gruppen einbringen möchte, soll und darf sich gerne bei uns melden!

Es geschehen auch immer wieder neue Aktionen und Projekte – einfach mal ins Internet schauen, eine E-Mail schreiben oder anrufen. Bis bald, Euer sputnike-Team!

CJD (Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e.V.) / sputnike im CJD
Ansprechpartner:

Hans Klusmann-Burmeister/
Sven-W. Kührtz

Adresse: Zeisigweg 2,
31582 Nienburg

Telefon: 05021 / 97 11-70
od. -71; 01 78 / 9 30 07 27
oder 01 78 / 9 30 07 28

E-Mail:

kontakt@sputnike.de /

hans.klusmann-

burmeister@cjd.de /

sven.kuehtz@cjd.de

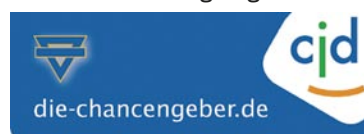
Internet: [www.cjd-nien-](http://www.cjd-nienburg.de)

[burg.de www.sputnike.de](http://www.sputnike.de)

Kontakt/ Träger

Kosten/Aufwand:

Ganz viel persönliches Engagement, Lust und Freude am Handeln und Tun, Kontinuität



➔ **Förderverein WABE e.V.:** Projektförderung mit dem Ziel „Demokratie stärken gegen extreme Rechte“

Der WABE e. V. Förderverein gründete sich im Jahr 2010 mit dem Ziel, demokratiefeindlichen Tendenzen in den Landkreisen Nienburg/Weser und Verden (Aller) entgegenzutreten. Er steht ein für eine überparteiliche, antifaschistische und anti-rassistische Politik, Bildung und Kultur. Seine Ziele sind die Förderung von Toleranz, Demokratie, internationaler Gesinnung und zivilgesellschaftlichen Engagements. In diesem Sinne lautet das Leitziel **„Demokratie stärken!“**.



Der Verein bemüht sich darum, zusätzliche Mittel für das Weser-Aller-Bündnis: Engagiert für Demokratie und Zivilcourage (WABE) zu erschließen und den engagierten Gruppen in den beiden Landkreisen Nienburg und Verden zur Verfügung zu stellen. Der Verein bietet dafür allen interessierten Personen und Organisationen die Möglichkeit, über die Mitgliedschaft längerfristig dabei zu sein oder über eine Spende einzelne Projekte zu fördern. Anträge können über das WABE-Büro gestellt werden.



Träger

WABE e. V.
Ansprechpartner:
Inge Osthues
Adresse: Holzmarkt 15,
27283 Verden
Telefon: 042 31 / 67 62 22
E-Mail: info@wabe-info.de
Internet: www.wabe-info.de

Der Vorstand des Fördervereins:

- ❖ Inge Osthues
- ❖ Jochen Blask
- ❖ Horst Lemmermann
- ❖ Peter Brieber
- ❖ Wolfgang May
- ❖ Dr. Eilert Ommen
- ❖ Nazli Pehlivan
- ❖ Julian Schlichtholz

ARUG: Rechtsextremismus erkennen. (Reader und CD)

Ast - Agentur für soziale Perspektiven e. V. (Hg.): Versteckspiel. Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen, Berlin 2009

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e. V. (IDA): Impulse. Bildungsmaterialien aus dem Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“

Peltz-Förster, Cornelius: Handlungsfähig bleiben – handlungsfähig werden. Rechtliche Grundlagen und Handlungsempfehlungen für Eltern rechtsextremer Jugendlicher

Röpke, Andrea; Speit, Andreas: Neonazis in Nadelstreifen

Schule Ohne Rassismus/ Schule Mit Courage(SOR/ SMC): Handbücher zu Schule Ohne Rassismus/Schule Mit Courage
Themenhefte:
Rechte Musik und Symbole
Religion
Jugendkulturen zwischen Islam und Islamismus
Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft
Diskriminierung: Sexualität
SOR/SMC-Bundeskoordination, Ahornstr. 5, 10787 Berlin

Virchow, Fabian; Dornbusch, Christian: 88 Fragen und Antworten zur NPD.

Weser Kurier; NDR-Info: Rechtsabbieger. Die unterschätzte Gefahr: Neonazis in Niedersachsen

Internetseiten:

IDA
www.idaev.de
www.vielfaltmediathek.de

Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt Braun-schweig
www.arug.de

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Blick nach Rechts (Zeitung)
www.bnr.de

Der Rechte Rand (Zeitung)
www.der-rechte-rand.de

Schule Ohne Rassismus/
Schule Mit Courage
www.schule-ohne-rassismus.org

Weser-Aller-Bündnis: Engagiert für Demokratie & Zivilcourage (WABE)
www.wabe-info.de

Jede Spende ist steuerlich absetzbar. WABE e. V. ist durch das Finanzamt Verden als gemeinnützig anerkannt worden. **Spendenkonto-Nr.:** 20 077244 Kreissparkasse Verden (BLZ 291 526 70)

Spendenkonto-Nr.: 36048643 Sparkasse Nienburg (BLZ 256 501 06)

Einzugsermächtigung

Bitte machen Sie es sich und uns einfach. Die Einzugsermächtigung hilft uns, die Beitragsverwaltung zu vereinfachen. Damit bleibt mehr Zeit und Geld für die inhaltliche Arbeit.

☒ **Ich bin dabei!**

Name: _____ Nachname: _____
Straße: _____ PLZ/Ort: _____
E-Mail: _____ Telefon: _____

Ich möchte Mitglied werden im Förderverein WABE e. V. und folgenden Jahresbeitrag entrichten:

☐ 24 € ☐ 60 € ☐ 120 € ☐ 240 € ☐ _____ € (Bitte zutreffendes ankreuzen!)

☐ Ich ermächtige den Verein WABE e.V. den Jahresmitgliedsbeitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Girokontos bis auf Widerruf mittels Lastschrift einzuziehen.

Konto-Nr.: _____ Kreditinstitut: _____ Bankleitzahl: _____

Wenn das Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstitutes keine Verpflichtung zur Einlösung.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte freimachen.

An
WABE e. V.
Holzmarkt 15
27283 Verden

Herausgeber:

Fokus gGmbH
WABE-Koordinierungsstelle
Rudi Klemm
Holzmarkt 15
27283 Verden

Redaktion:

Ulrike Kassube
Thomas Gatter
Sven Kühtz
Rudi Klemm

Gestaltung:

Yvonne Dannull

Druck:

Printgroup GmbH & Co. KG

Auflage:

500

1/2011

Förderhinweis

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms:
"VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie."



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



klimaneutral

natureOffice.com | DE-236-131138

gedruckt



NIENBURGER HANDREICHUNG

für Demokratie & Zivilcourage

